

Editorial



Chefsache Krankenhaus

Massive Preiserhöhungen bei E.ON Die Bundesregierung schaltet sich ein. Man wolle die Erhöhungen nur insoweit akzeptieren, wie sie auf nachgewiesenen Kostensteigerungen beruhen. Damit spricht die Bundeskanzlerin den

Energieunternehmen das Recht zu, unabwiesbare Kostensteigerungen in die Preise weiterzugeben. Sie dürfen sogar die bei der Zertifikatausgabe geschenkte Luft als Kosten in die Kalkulation nehmen. Gemessen an den strengen Normen des DRG-Kalkulationshandbuches eine echte Luftnummer. Das ist eine äußerst komfortable Lage, die die Energieversorger im Vergleich zu den Krankenhäusern/Medizinversorgern haben. Anspruch auf Selbstkostenerstattung gibt es im Krankenhaus schon lange nicht mehr.

Das wird im Grundsatz auch akzeptiert. Nicht akzeptabel ist die Art und Weise, wie die Vergütungszuwächse gesetzlich reglementiert sind. Die Zuwächse bei Löhnen und Gehältern in der Vergangenheit bestimmen die maximal zulässigen Vergütungserhöhungen in der Zukunft. Im 5. Jahr in Folge liegt diese Rate deutschlandweit unter einem Prozent und wurde in den letzten 2 Jahren durch händisches Nachsteuern der Koalition nochmals halbiert. Hinzu kommen die Kürzungen durch den Sanierungsbeitrag. Grundlohnrate minus Sanierungsbeitrag bestimmen die Kostenüberwälzungsmöglichkeiten der Krankenhäuser. 2007 und 2008 sind das weniger als bzw. fast null. Kostensteigerungen, die darüber liegen, werden in die Kliniken als Rationalisierungsmasse zurückgepresst. Nicht ohne Auswirkungen. In den letzten 10 Jahren sind ca. 200 Krankenhäuser verschwunden und 90 000 Stellen abgebaut worden. Fast 60 Prozent der Krankenhäuser schreiben rote Zahlen bzw. schaffen gerade ein ausgeglichenes Ergebnis. Sie haben keine Reserven für die Zukunftsgestaltung. Mehr als jedes 10. Haus kommt nur mit Sanierungstarifverträgen über die Runden. Längst ist der Rationalisierungsdruck am Krankenbett angekommen. Mehr Zeit und Zuwendung wünschen sich die Patienten in nahezu jeder öffentlichen Veranstaltung und Fernsehsendung.

Die DKG hat angesichts der erdrückenden Lasten Öffentlichkeit und Politik alarmiert und um Hilfe gerufen. „Alles Übertreibung und noch wirtschaftlicher arbeiten“ – so lautet bislang die Antwort aus der Koalition.

Demnächst sollen sogar die Verhandler einzelner Krankenkassen vorbeikommen können, um – ähnlich wie bei den Generika-Arzneimitteln – zusätzlich Rabatte aus den Kliniken herauszuholen. Sorge um Nähe zur Realität macht sich angesichts solcher Verlautbarungen breit. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kliniken und die Patienten klingt das wie Hohn. Für den professionellen Beobachter nimmt die Einigelung in der Gesundheitskoalition bedenkliche Formen an.

Was nicht sein darf, kann nicht sein. Unterstützende gesetzliche Anpassungen, um zum Beispiel die für die Krankenhäuser in 2008 günstigere versichertenbezogene Rate zu verlängern, den Sanierungsbeitrag nicht auch noch 2008 zu erheben oder Ausgleich für Tarifsteigerungen zuzulassen, gelten als Verrat am WSG. Das ist wie bei Hartz-IV, allerdings mit unzweifelhaftem ordnungspolitischem Hintergrund. Kosten in Preise (Vergütungen) weitergeben zu können, sollte in der Marktwirtschaft normal sein.

Gibt es keine Korrekturen bei der Vergütungsdeckelung, bleibt den Krankenhäusern gar nichts anderes übrig, als bei den anstehenden Tarifverhandlungen für 2008 auf die Null-Vorgabe des Gesetzes zu verweisen. Spätestens dann – in den ersten 3 Monaten des Wahljahres 2008 – wird der Druck zur Korrektur von der Straße direkt kommen. Das gab es schon einmal, als Tarifverhandlungen und Streiks erst zu Ende gebracht werden konnten, nachdem die damalige BAT-Ausgleichsregelung nachgebessert wurde. Dazu müsste und sollte es nicht kommen. Im Vergleich zur Prüfung der berechtigten Kostensteigerungen bei der Energie müsste es für die Bundeskanzlerin ein Leichtes sein, die ungeRechtfertigten Preisrestriktionen der Krankenhäuser zu erkennen und den Gesundheitspolitikern den Weg aus dem Reformbunker zu weisen.

Bleibt nur zu hoffen, dass die Finanzierungsproblematik der ca. 2 100 Krankenhäuser, ihrer 1 Mio. Beschäftigten und ihrer 17 Mio. Patienten im Kanzleramt auch zur Chefsache wird. Die Krankenhäuser sind gerne bereit, die Zahlen offenzulegen. Die Preiserhöhungsvorgabe von null steht im Gesetz.

DKG-Hauptgeschäftsführer Georg Baum ■